

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 11

Artikel: Arbeiter und höhere Bildung
Autor: Blöcker, Monica
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337962>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arbeiter und höhere Bildung

In der gegenwärtigen Diskussion über die Standortbestimmung der Sozialdemokratie gilt die Suche unter anderem neuen zeitgemässen Aufgaben für eine sozialistische Partei. Ein Postulat, dem uneingeschränkte Zustimmung und Unterstützung von allen Seiten sicher ist, wird meist an zweiter oder dritter Stelle genannt. Es handelt sich um die Forderung, dass mit weit umfangreicheren Mitteln als bisher Bildung und Erziehung der Jugend gefördert werden soll. «Der Sozialismus will, dass jedermann an den kulturellen Werten Anteil nehmen kann und dass das Heranwachsen geistig selbständiger, schöpferisch tätiger Menschen nach Kräften gefördert werde.» So heisst es im Programm der SPS. Gerade weil dieser Gedanke allgemein anerkannt wird – wer möchte sich im Lande Pestalozzis schon in den Geruch der Bildungsfeindlichkeit bringen –, besteht die Gefahr, dass man dem Problemkreis nicht genügend Aufmerksamkeit widmet. Es sind zwar in den letzten Jahren einige ausgezeichnete Analysen unseres Bildungswesens¹ entstanden, und Artikel in allen Zeitungen zeigen, dass auch der sonst so zufriedene Bürger auf diesem Gebiete einige Unzulänglichkeiten entdeckt hat. Man begnügt sich aber meist damit, quantitative Verbesserungen – Erhöhung der Mittelschüler- und Studentenzahlen – zu fordern, und vernachlässigt die weit anspruchsvollere Aufgabe, strukturelle Veränderungen auszudenken und vorzuschlagen.

Nur wenigen sozial denkenden Bürgern und Politikern ist klar, welches Wirkungsfeld sich ihnen hier eröffnet. Wer die Geschichte der Sozialdemokratie auch nur oberflächlich überblickt, weiss zwar, dass die Sozialisten in der Bildungspolitik die führende Rolle spielen sollten. Sie haben sich einst mit grosser Begeisterung nicht bloss für die materielle Besserstellung, sondern auch für die Schulung und Bildung der Arbeiter eingesetzt. In England brachte jeder politische Gewinn einen Fortschritt auf dem Gebiete des Erziehungswesens. Die sozialistischen Länder im Norden zeichnen sich heute durch ihre Experimentierfreudigkeit in der Kulturpolitik und dem Unterrichtswesen aus und besitzen der raschen gesellschaftlichen Entwicklung angepasste Konzepte für den weiteren Ausbau.

Dass in der Schweiz manches nachzuholen ist und vor allem die Sozialdemokraten sich mit neuem Eifer an die Aufklärungsarbeit machen sollten, wird wohl von niemandem bezweifelt. Die bekannte niedrige Zahl von Studenten, die aus Arbeiterfamilien stammen, spricht deutlich genug. Wir wollen die Ziffer hier nochmals anführen, denn es ist nötig, sie immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, um die dringende Notwendigkeit von Aktio-

¹ Als Beispiel sei genannt: Franz Hess, Fritz Latscha u. Willi Schneider. Die Ungleichheit der Bildungschancen. Soziale Schranken im Zugang zur höheren Schule. Texte und Dokumente zur Soziologie. Olten 1966.

nen zu demonstrieren. Nach der letzten eidgenössischen Erhebung von 1959/60 über die Studierenden an schweizerischen Hochschulen studierten in der ganzen Schweiz nur 588 Söhne und Töchter von Arbeitern, d. h. 6 Prozent der Gesamtheit von 10 604 Studierenden schweizerischer Nationalität.² Der neutrale Kommentar lautet: «Diese Gliederung entspricht in keiner Weise der beruflichen Gliederung der Gesamtbevölkerung, welche im Jahre 1950 für die Selbständigerwerbenden einen Prozentsatz von 19 und für die Arbeiterklasse einen solchen von 51 auswies. Die Arbeiterklasse ist also stark untervertreten, die übrigen Erwerbsklassen sind stark übervertreten.» Inzwischen sind die Studentenzahlen zwar bedeutend gestiegen, der Prozentsatz der studierenden Arbeiterkinder hat aber gewiss nur unwesentlich zugenommen.

Allmählich setzt sich die Einsicht durch, dass die materiellen Schwierigkeiten zwar ein grosses, aber nicht das entscheidende Hindernis darstellen, sondern dass Vorurteile und psychische Hemmungen meist eine viel schwerer zu überwindende Schranke bilden. Vorurteile beeinflussen die Entscheidungen der Lehrer und anderer Persönlichkeiten, die bei der Wahl des Schultypus einwirken können; Scheu und Minderwertigkeitskomplexe bewegen die Eltern dazu, die Ziele für ihre Kinder niedriger zu stecken, als es deren Begabung entspricht. Es gilt also als erstes, diese inneren Widerstände abzutragen und zu besiegen.

Keine Hilfe von aussen, wie Elternberatung oder Förderung der Schüler durch Drittpersonen, kann allein die Voraussetzung zum notwendigen Wandel schaffen. Ihr Wert ist nicht zu bezweifeln, doch eine solche Unterstützung gleicht einer Krücke, die dem Lahmen das Gehen erleichtert, ihn aber nicht heilt. Eine Änderung des Denkens, der Einstellung im ganzen Volke ist notwendig. Den Intellektuellen soll die Lächerlichkeit ihres Standesdünkels gezeigt werden; es muss ihnen vor Augen geführt werden, dass sie einer veralteten Denkweise huldigen, wenn sie auf ihre Titel pochen. Die Arbeiter und Handwerker dagegen sollen lernen, dem Hergebrachten, Überlieferten kritischer gegenüberzutreten. Jeder geschulte Arbeiter, der auf einem Gebiet selbständig zu denken und Entscheidungen zu treffen vermag, könnte seinem Urteil auch im Bereich der Kultur und Bildung vertrauen. Zuerst müsste er sich aber seiner Scheuklappen entledigen, indem er die bisher unkritisch übernommenen Meinungen sich bewusst macht und darüber nachzudenken beginnt. Diskutierend mit einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter würde er bald auf die Bedingtheit gewisser Wertungen stossen.

Unsere Aufforderung, landläufige Ansichten kritisch zu untersuchen und auf ihre Berechtigung zu überprüfen, bevor man sie übernimmt, entspricht einer alten Tradition der Sozialdemokratie. Sie ist dem Denken der

² 35 Prozent dagegen gehören dem Kreise der Selbständigen, 54 Prozent jenem der Angestellten an.

Aufklärung verpflichtet. Es scheint keinerlei Mühe zu bereiten, eine solche Maxime zu befolgen. Wir fragen uns daher erstaunt, warum ihr bei uns so selten nachgelebt wird. Ist diese bedauerliche Tatsache der geistigen Trägheit des Arbeiters zuzuschreiben? Eine bejahende Antwort würde uns einen Vorwand bieten, auf bequeme Weise zu resignieren und auf alle weiteren Bemühungen zu verzichten. Wenn wir aber – der eigenen Maxime getreu – uns nicht mit verbreiteten Gemeinplätzen zufriedengeben wollen, müssen wir uns bloss das dem Schweizer eingepflichtete Ideal des sozialen Verhaltens in Erinnerung rufen. Die Überzeugung, in dem besten aller Staaten zu leben, bildet den ersten Glaubenssatz des erwachsenen Schweizer Bürgers. Besonders Institutionen jeglicher Art sind in der Schweiz sakrosankt. Zeigen sich einmal Schwächen oder Mängel auf irgendeinem Gebiete des öffentlichen Lebens, so sucht man den Fehler – oft gewiss mit Recht – bei den verantwortlichen Menschen, bestimmt nicht in der Institution oder einem Prinzip. Da die blinde Liebe zur Heimat zum Dogma geworden ist, herrscht die Tendenz, jeden Ansatz zu kritischem Denken im Keime zu ersticken. Wer sich diesem sozialen Aberglauben nicht unterwirft, wird angeklagt, einem billigen Nonkonformismus zu huldigen.

Unsere Aufforderung an die Arbeiter, dem Hergebrachten, Überlieferten kritischer gegenüberzutreten, ist also äusserst anspruchsvoll. Wir wissen aber, dass sie einem Sozialdemokraten vertraut im Ohre klingen muss.

All diese theoretischen Erwägungen befriedigen und genügen uns jedoch nicht; damit lockt man keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Wie stellen wir uns das praktische Vorgehen vor? Wie kann in einem konkreten Fall die Scheu des Mannes aus dem Volke vor höherer Bildung überwunden werden? Am einfachsten, indem er sie kennenlernt. Wer sich zweifelnd überlegt, ob er sein begabtes Kind auf das Gymnasium schicken soll, damit es später die Möglichkeit besitzt, zu studieren, soll sich darüber informieren, was ein Studium bedeutet. Er soll selber anfangen zu studieren.

Der Vorschlag tönt nur für Leute, die unser Bildungswesen mit seinen vielfältigen Möglichkeiten nicht kennen, herausfordernd. Verschiedene Wege stehen dem Interessierten, der studieren, der in die Denk- und Arbeitsweise der Hochschulforschung eingeführt werden will, offen. Es gibt auch hierzulande eine Volkshochschule, die an Wochentagen abends ausgezeichnete Kurse veranstaltet. Alle Wissensgebiete kommen zur Sprache; wer sich die Grundlagen der Mathematik aneignen will, wird hier ebenso zufriedengestellt wie derjenige, der sich für Geschichte oder fremdsprachige Literatur interessiert. Die Dozenten, meist bekannte Fachleute, sind angehalten, ihren Stoff so auszuwählen und so klar darzubieten, dass jedermann folgen kann. Weniger bekannt ist, dass jeder Wissbegierige auch Vorlesungen an der Universität selbst besuchen kann; er muss nur einen Hörschein lösen. Wer keine Maturität besitzt, darf trotzdem an den allgemein zugänglichen Kursen teilnehmen; er wird nur zu den Prüfungen nicht zugelassen.

Die zweite Gelegenheit benützt beinahe niemand aus der arbeitenden

Bevölkerung, der nicht höhere Schulbildung genossen hat. Einer der Hauptgründe ist zwar, dass die Vorlesungszeit an den Hochschulen meistens mit der Arbeitszeit zusammenfällt. Den entscheidenden negativen Einfluss bilden aber auch hier die falschen Hemmungen. Schon der Name Hochschule wirkt abschreckend auf bescheidene, oft aber sehr intelligente Personen. Ein Dozent machte eine dafür bezeichnende Beobachtung. Der allgemein beliebte Kunsthistoriker hielt denselben Vortragszyklus an der Volkshochschule und an der Migros-Klubschule. Nun fiel ihm auf, dass sein Publikum sehr verschieden zusammengesetzt war. Während an der Volkshochschule ältere, dem Anschein nach gutsituierte Bürger seinem Vortrage lauschten, wurde der Kurs an der Klubschule hauptsächlich von jungen, begeisterungsfähigen Leuten besucht. Andere Dozenten berichteten über ähnliche Erfahrungen. Die Arbeiter erreichen wir einfach nicht, meinte ein Lehrer, der sich um den Aufbau der Volkshochschule in Winterthur bemüht. Diese subjektiven Eindrücke finden wir bestätigt, wenn wir einen Blick auf die Untersuchungen von Schweizer und Hanhart über das Freizeitverhalten der Arbeiter in St. Gallen³ und Zürich⁴ werfen. Dass höchstens 3 Prozent aller Arbeiter und Handwerker in ihrer Freizeit Kurse an einer Abend- oder Volkshochschule besuchen, zeigt ihre Umfrage.

Vor ungefähr fünfzig Jahren bewegte der Gedanke der Erwachsenenbildung in unserem Lande die Gemüter. Idealisten, die sich an nordischen Vorbildern orientierten, suchten nach Formen der Verwirklichung. Das Erlebnis des Ersten Weltkrieges und die Errungenschaft des Achtstundentages gaben den Anstoss zur Gründung von Volkshochschulen in der Schweiz. Wenn die Initianten auch die politische Neutralität ihrer Institution betonten, darf doch nicht vergessen werden, dass gerade die Sozialdemokraten sich mit grossem Eifer und entsprechendem Erfolg auf diesem Gebiete betätigten. Auch in England, wo die bildungshungrigen Erwachsenen zwischen christlich fundiertem Unterricht, University Extension (unserer Volkshochschule vergleichbar) und Arbeiterbildungskursen wählen konnten, bildete der Mittelstand das Rückgrat der Bewegung. Aber die Verbindung mit der Arbeiterschaft brach nicht ab; im Gegenteil, sie gab den bürgerlichen und akademischen Organisatoren immer neue Impulse.

Da Vorträge oder Vorlesungen allein das Interesse nicht wachhalten konnten und bei mangelhaften Vorkenntnissen Unsicherheit entstand, führte man schon frühzeitig Arbeitsgruppen und Fragestunden ein. Aufgaben, die zu Hause gelöst werden sollten, wurden gestellt und von den Lehrern korrigiert. Man dozierte nicht über die Köpfe der Zuhörer hinweg, sondern bemühte sich in echt demokratischem Sinne um die Mitarbeit aller Teilnehmer. Erst wenn ein Student sich selbst aktiv am Lehrgespräch beteiligt

³ Karl Schweizer. Das Freizeitverhalten der Bevölkerung von St. Gallen in wirtschaftlicher und soziologischer Sicht. Basel 1963.

⁴ Dieter Hanhart. Arbeiter in der Freizeit. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bern-Stuttgart 1964.

oder gar einen Teil des Stoffes seinen Kommilitonen vermittelt, lernt er sein Fach wirklich kennen und zeigt, dass er die Methode beherrscht. In den angelsächsischen Ländern konnten die erwachsenen Schüler am Ende eines Kurses sogar Prüfungen ablegen, die ihnen bei der Aufnahme eines regulären Studiums angerechnet wurden. Um weitere Kreise zu erreichen, veranstaltete man Ferienkurse. Kurz gesagt: man zwang dem Lernbegierigen nicht eine bestimmte Form der Wissensvermittlung auf, sondern richtete sich in den Anforderungen und der Gestaltung nach dem Schüler.

Auch bei uns wird in bestimmten Fächern schon öfters in kleinerem Kreise gearbeitet, aber man könnte die Selbsttätigkeit der Kursteilnehmer noch in erheblichem Masse steigern. Das Lernen in Arbeitsgemeinschaften, in Seminaren, spricht die Jugend und die Arbeiter, die gewohnt sind, tätig zu sein, sicher mehr an als blosses Zuhören und verleiht ihnen grössere Befriedigung.

Käme eine Begegnung zwischen dem Arbeiter und der Hochschule zustande, so würden beide Teile daraus Gewinn ziehen. Der Arbeiter erweiterte sein Wissen, gewänne eine grössere Selbstsicherheit und Unabhängigkeit. Anhand seiner eigenen Erfahrungen könnte er für seine Kinder die beste Ausbildung wählen und ihren Studiengang leiten. Der Schule erwachsen neue Aufgaben, vor allem pädagogischer Natur. Die Verpflichtung, den Stoff kleinen Gruppen in lebendigem Lehrgespräch zu vermitteln, böte ihr Anregung zur Lösung der Probleme, die sich aus ihrem eigenen Wachstum ergeben. Sie müssten sich wandeln, sich nach weiteren Lehrkräften und Hilfsmitteln umsehen. Einzelne Domänen, wie die Vorlesungen und Übungen zur staatsbürgerlichen Ausbildung, müssten ausgebaut werden. Gleichzeitig gewänne die Universität eine lebendige Verbindung mit dem Volke. Auch der einfache Mann aus dem Volke wäre gewiss eher bereit, ein finanzielles Opfer für die Hochschule zu bringen, wenn er erkennen könnte, dass sie auch ihm offensteht, dass dort auch seine Anliegen gefördert werden. Nicht eigens erwähnt zu werden braucht, dass das öffentliche Leben ebenfalls aus dieser Berührung Nutzen zöge. Jeder wirklich gebildete, selbständig urteilende Bürger fühlt grössere Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber und beginnt politisch zu denken.

Höchstens 3 Prozent aller Arbeiter und Handwerker besuchen heute Vorträge und Kurse an Abendschulen. Naiv wäre es zu glauben, dass sich, auf unser Plädoyer hin, in absehbarer Zeit die Zahl von selbst erhöhe. Zu fremd stehen sich die Kreise der Universität und der manuell arbeitenden Bevölkerung gegenüber. Ein Mittler ist vonnöten. Die Sozialdemokratische Partei ist prädestiniert für diese Rolle. Zuerst müssten die Sozialisten wie schon so oft ein tüchtiges Stück Aufklärungsarbeit leisten und die Propagandatrommel rühren; später könnten sie bei der Wahl des Stoffes und bei dem Ausprobieren neuer Lehrmethoden als Berater mitwirken.

Schnelle, spektakuläre Erfolge sind auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung zwar nicht einzuheimsen, aber auf weite Sicht gesehen wird sich

der Einsatz und jeder Aufwand lohnen. Die Zeit arbeitet für den sozialdemokratischen Bildungspolitiker. Mit dem Fortschreiten der Automation werden zwangsläufig die Arbeitszeiten immer kürzer, die Freizeit immer länger werden. Wie soll sie ausgefüllt werden? Wie kann der durch die Maschine äusserlich frei gewordene Mensch der lähmenden Langeweile oder einer leer laufenden Betriebsamkeit entrinnen? Wie kann er seine geistige Freiheit erlangen? Nur indem er sich auf seine wahren Ziele besinnt, indem er sich in schöpferischer Tätigkeit verwirklicht. Weiterbildung wird ihm die Möglichkeiten zeigen, die Instrumente dazu liefern. Wollen wir dem Appell unserer Epoche genügen, dürfen wir uns nicht mehr damit zufriedengeben, ein Volk von Arbeitenden zu sein. Wir müssen ein Volk von Lernenden werden.

J. W. Brügel (London)

Modernisierung der britischen Rechtsordnung

Die Modernisierung der britischen Rechtsordnung, die Einführung vielfach überfälliger Reformen hat unter der Labourregierung Harold *Wilson*s grosse Fortschritte gemacht. Es entspricht der britischen Tradition, dass das nicht auf Grund einer Initiative der Regierung geschah oder in direkter Durchführung ihres Programms, sondern über Anträge einzelner Abgeordneter, über die ohne Fraktionszwang abgestimmt wird. Nach dieser Tradition gehören nämlich Fragen wie die Todesstrafe oder die Bestrafung oder Straflosigkeit gleichgeschlechtlichen Verkehrs nicht zu den Gegenständen parteipolitischer Auseinandersetzung. Würde hier über Regierungsanträge entschieden werden, wären oppositionelle Abgeordnete, die an sich mit einer solchen Vorlage ganz einverstanden sein können, durch den Fraktionszwang gehindert, dafür zu stimmen. Tatsächlich ist es bei Reformen der Rechtsordnung und ihrer Anpassung an moderne Begriffe meistens so, dass die Abgeordneten der Labour Party als der modernen Partei fast alle mit Ja stimmen, dass das gleiche für das kleine Häuflein der Liberalen gilt, dass sich aber auch viele Konservative durch ihre Abstimmung zum Fortschritt bekennen. Es gibt aber auch nicht ganz vereinzelt sozialistische Abgeordnete, die in einem solchen Fall ihre atavistischen Vorurteile nicht überwinden können und gegen die Reform sprechen und stimmen.

Im System des britischen Parlamentarismus haben es Initiativanträge einzelner Abgeordneter nicht leicht, alle Hürden zu überspringen und zum Ziele zu gelangen. Ein grosser Teil der parlamentarischen Zeit ist mit der Behandlung von Regierungsvorlagen ausgefüllt, deren es bei einer Labour-